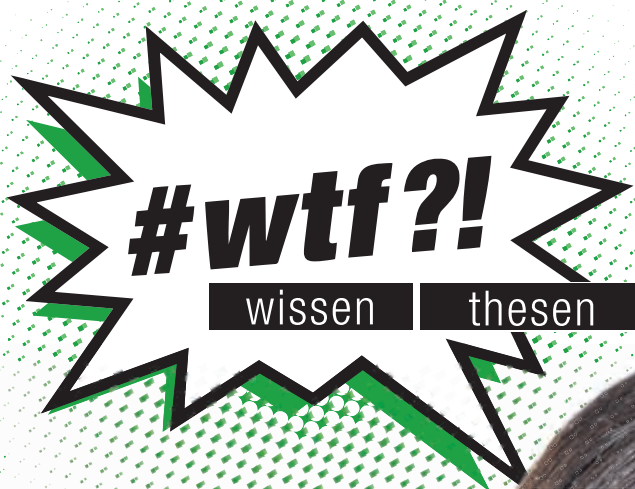




Der Experte

2 „Volksentscheide sind nicht immer von Vorteil“

Der Kritiker

7 „Lobbyismus braucht Regeln – die gibt es nicht“



wtf.slpb.de



So funktioniert
ein Bürgerbegehren
Infografik
Seite 4/5

Fragt mich einer?!

5 Gründe,
warum du dich
einmischen solltest

Gestalte den Ort, an dem du lebst!

Politik ist nicht nur das, was im Bundestag geschieht. Der zentrale Ort für die politische Teilhabe ist der Ort, wo du lebst!

Übernimm Verantwortung!

Wenn du selbst nichts tust, tun es andere. Dann musst du aber auch mit deren Entscheidungen leben – egal, ob sie dir gefallen oder nicht.

Nutze deine Freiheitsrechte!

Im Grundgesetz ist festgeschrieben, dass sich jeder politisch betätigen darf. Das demokratische Wahlrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung wurden lange erkämpft und sind weltweit gesehen ein echtes Luxusgut. Diese Freiräume nicht zu nutzen heißt, auf seine Freiheit zu verzichten.

Halte die Demokratie am Leben!

Möchtest du einem König, Kaiser, Diktator das Regieren überlassen? Das könnte konkret heißen: Staatswillkür und keine Meinungsfreiheit. In totalitären Systemen kann man die Regierung nicht wählen – oder abwählen!

Weil es Spaß macht!

Bei politischen Aktionen kannst du spannende und wichtige Leute kennen lernen, erfährst neue Dinge und sammelst Erfahrungen.

faktencheck

Noch mehr Infos und Faktenwissen zu:?

Petition

Bundestag

Wahlrecht

Minister

Opposition

Grundrechte

Politikverdrossenheit

Die Antworten darauf gibt's auf ...

www.wtf.slpb.de

Brauchen wir mehr
Volksentscheide?





Wäre es eine sinnvolle Ergänzung für die Demokratie, wenn es mehr Volksentscheide gäbe?

Nicht unbedingt, meint der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Decker von der Universität Bonn.

Haben Volksentscheide mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

Entscheidend für diese Frage ist, wer den Volksentscheid auslöst. Verfahren, die von den Regierenden herbeigeführt werden, können sinnvoll sein. Ein Beispiel ist die Hamburger Abstimmung über die Olympiabewerbung – das war ein Entscheid, der vom Parlament angesetzt worden ist, nicht von den Bürgern erzwungen wurde. Bei Volksentscheiden, die von unten ausgelöst werden, bin ich eher skeptisch. Denn in der Tendenz sind sie immer „gegen“ irgendetwas und damit nicht konstruktiv. Außerdem wird den Bürgern ein Versprechen gemacht, das am Ende vielleicht nicht eingehalten werden kann. Unter dem Strich könnte das sogar zu mehr Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit führen.

Hätten Sie dafür ein Beispiel?

Derzeit gibt es in Berlin ein Volksbegehren für den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel. Mit dem neuen Flughafen BER sollte dieser eigentlich geschlossen werden. Rechtlich wäre die Entscheidung der Bürger für den Weiterbetrieb problematisch. Die Sache würde unweigerlich vor den Gerichten landen. Würden die feststellen, dass der Weiterbetrieb von Tegel nicht zulässig ist, würden sich die Bürger verschaukelt bekommen. Die Regierung bekäme den Vorwurf, den Volkswillen zu missachten – müsste sich aber an den Gerichtsbeschluss halten.

Aber viele sehen in Volksentscheiden eine sinnvolle Ergänzung und Stärkung der Demokratie.

Was heißt denn „Stärkung der Demokratie“? Kann durch Volksentscheide besser regiert werden? Wären die Bürger zufriedener? Die bisherigen Erfahrungen liefern dafür keinerlei Belege.

Wo liegen die Unterschiede zwischen der Demokratie in der Bundesrepublik und dem Schweizer Modell?

In der Schweiz gibt es eine Allparteienregierung, deren Zusammensetzung unabhängig

von den Wahlen immer gleich bleibt. Die Opposition wird dort mithilfe der direktdemokratischen Verfahren direkt vom Volk ausgeübt. Unser Demokratiemodell beruht dagegen auf dem Wettbewerb zwischen den Parteien, die sich im Idealfall an der Regierung ablösen. In dieser Wettbewerbsdemokratie würde ein zusätzliches Oppositionsrecht des Volkes immer von der jeweiligen Oppositionspartei genutzt werden, um der Regierungspartei Steine in den Weg zu legen.

Wie muss man sich das vorstellen?

Aktuell zeigt sich dieses Problem etwa in Thüringen. Hier war die CDU immer gegen Volksentscheide, solange sie an der Regierung war. Jetzt – als Oppositionspartei – sieht sie plötzlich die Vorteile. Umgekehrt sind Linke, SPD und die Grünen stets für die Ausweitung der direkten Demokratie eingetreten. Als Regierungsparteien müssen sie nun erfahren, wie sich das Instrument gegen sie wendet – deshalb würden sie die direkte Demokratie am liebsten einschränken. Das zeigt die ganze Verlogenheit der Diskussion: Keiner ist bereit zuzugeben, dass die von unten ausgelösten Verfahren in unser parlamentarisches System nicht hineinpassen.

Gibt es Themen, bei denen Sie Volksentscheide für sinnvoll halten?

Themen, die von den Bürgern als besonders wichtig empfunden werden, sind der direkten Demokratie generell zugänglich. Zum Beispiel wurden in den 1970er-Jahren in einigen europäischen Ländern Volksabstimmungen zur Nutzung der Kernenergie abgehalten. Auf der Landesebene würde ich auch die Frage der Privatisierung öffentlichen Eigentums dazu zählen. Hier könnte man sogar in der Verfassung festlegen, dass das nur durch Volksentscheid möglich ist, wie das zum Beispiel Bremen macht. Ein weiterer Anwendungsfall sind große Infrastrukturvorhaben wie der Bau von Flughäfen oder Bahnhöfen. (gran)

Demos: Erlaubt
und verboten!

Versammlungsfreiheit = Grundrecht
Alle Deutschen dürfen sich jederzeit friedlich versammeln, ohne dafür eine amtliche Erlaubnis einholen zu müssen. Demonstrationen unter freiem Himmel müssen jedoch angemeldet werden.

Anmeldepflicht
Um eine Demo zu organisieren, muss man diese spätestens 48 Stunden vor deren Bekanntgabe bei der Polizeibehörde melden. Auflagen seitens der Polizei, die das Demonstrationsrecht einschränken, müssen gut begründet werden. Die Behörden dürfen Demonstrationen nicht einfach verbieten oder den Ort verlegen, es sei denn, sie stellen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Planung
Der Verlauf der Demonstration muss gut geplant werden. Es sollte Ordner geben, die beim reibungslosen Ablauf helfen.

Was geht nicht?
In Deutschland gilt das Vermummungsverbot, deshalb darf man auf einer Demo sein Gesicht nicht verdecken. Auf keinen Fall dürfen Waffen oder Gegenstände, die man als solche benutzen könnte, mitgeführt werden. Aggressionen oder Hassparolen haben auf einer Demo nichts zu suchen, ebenso wie Gewalt gegen Polizisten, Gegendemonstranten oder Gegenstände.

Gegendemo & Sitzblockade
Möchte man sich gegen die Ziele einer bestimmten Demonstration positionieren, hat man die Möglichkeit eine parallel verlaufende Gegendemonstration zu organisieren. Diese muss ebenfalls im Vorfeld angemeldet werden. Gewaltfreiheit ist auch hier das oberste Gebot. Gegendemos können breite gesellschaftliche Bündnisse sein, die sich klar gegen Themen wie zum Beispiel Rassismus oder Ausgrenzung richten. So kann man Farbe bekennen und überlässt die Straßen nicht den anderen Demonstranten. Protestformen wie Sitzblockaden sind eher kritisch zu betrachten und werden meist von der Polizei aufgelöst. Es ist fraglich, ob man in einer solchen Form eine angemeldete und erlaubte Demonstration behindern oder gar stoppen sollte. Wer gern bastelt, kann sich an kreativen Plakaten oder Schildern mit humorvollen oder provokanten Sprüchen versuchen. Je nach Absicht der Demonstration können auch Verkleidungen oder Musikinstrumente passen. (cg)

Leute, die etwas bewegt haben ...

Bürgerinitiativen gibt es zu jedem Thema, das Bürger aufregt. In #wtf?! erzählen drei Vertreter von Bürgerinitiativen, wie sie vorgegangen sind – und was sie erreicht haben.



Sachsen

„Gegen Müllverbrennung in Chemnitz“

Katharina Weyandt

...von der Bürgerinitiative Chemnitz erzählt, wie es ihr gelang, den Bau einer Müllverbrennungsanlage in Chemnitz zu verhindern.



Deutschland

„NEIN zu Olympia“

Jochen Rasch

Die Olympischen Spiele in Hamburg: Was die Politik gerne umgesetzt hätte, sahen viele Bürger kritisch. So auch das Bündnis „Nein zu Olympia“. Jochen Rasch von der Initiative erzählt von der Arbeit des Bündnisses.



Europa

„Wasser ist ein Menschenrecht!“

Pablo Sanchez

...hat 2012 die Europäische Bürgerinitiative ‚Right-2Water‘ mit auf den Weg gebracht. Er ist Mitglied in der Organisation „European Public Service Union“ (EPSU).

„Als bekannt wurde, dass im Chemnitzer Zeisigwald eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden soll, waren viele Bürger der Stadt entsetzt. Schnell war uns klar, dass wir etwas dagegen tun müssen, auch um das Erholungsgebiet Zeisigwald zu erhalten. Also haben wir uns zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen.

Unsere Initiatorin Astrid Klötzer hatte einen offenen Brief an die politisch Verantwortlichen geschrieben. Als die Stadt einen Info-Abend zu dem Thema veranstaltete, sind viele von uns aufgestanden und haben Gegenargumente vorgebracht. Außerdem haben wir in eigenen Treffen, mit Listen und über eine Online-Petition über 6.000 Unterschriften gesammelt. Wir haben die Fraktionssitzung besucht und schließlich haben wir vor dem Rathaus mit Trommeln auf uns aufmerksam gemacht, als der Umweltausschuss gerade getagt hat.

Als die Fraktionen, die den Plan erst befürwortet hatten, durch den Protest davon abgerückt waren, war das Thema dann vom Tisch und es war klar, dass sich keine Mehrheit mehr im Stadtrat finden würde.“

„Wir haben uns für eine soziale, weltoffene, friedliche und kulturvolle Stadtentwicklung für alle Menschen zusammengeschlossen. Wir sind überzeugt, dass eine klare Zurückweisung von Olympia die Voraussetzung dafür ist. Denn jedes NEIN zum Mega-Kommerzevent Olympia ist ein Schlag gegen eine Politik, die dem großen Geld dient und nicht den Menschen.

Um davon zu überzeugen, haben wir eine Broschüre Argumente für ein NEIN zu Olympia verfasst. Rund 10.000 Menschen hatten dafür unterschrieben, dass diese Stellungnahme mit den offiziellen Abstimmungsunterlagen zum Referendum über die Hamburger Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 verschickt wird. Die Hamburger Bevölkerung hat ihre Einflussmöglichkeit genutzt und zu 51,6% mit NEIN gestimmt.“

„2010 hat die UN-Generalversammlung Wasser als ein Menschenrecht festgesetzt. 17 EU-Staaten haben sich dieser Erklärung jedoch nicht angeschlossen. 2011 gab es dann ein Referendum in Italien, wo sich die große Mehrheit der teilnehmenden Bürger gegen Wasser-Privatisierung ausgesprochen hat. Ungefähr zur gleichen Zeit führte die EU die Europäische Bürgerinitiative ein. Der Erfolg in Italien war für uns ein perfekter Anlass, die Initiative auch auf EU-Ebene vorzubringen.

Der Weg war ziemlich schwierig, weil zum damaligen Zeitpunkt niemand wusste, wie eine Europäische Bürgerinitiative funktioniert. Im Endeffekt haben wir auch eine positive Rückmeldung von der Europäischen Kommission zu unserer Petition bekommen. Wir sind damit die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Ganz zufrieden sind wir damit aber noch nicht, denn die Konsequenzen für die EU-Länder sind uns nicht weitreichend genug. Trotzdem haben wir bereits erreicht, dass Slowenien das Recht auf Wasser in der Verfassung festgesetzt hat. Unsere 1.884.790 Unterschriften aus allen EU-Staaten haben also auf jeden Fall eine Wirkung und einen Einfluss. Trotzdem kämpfen wir natürlich weiter.“ (ben)

BILLIE BÜRGER BEGEHRT!

Was viel zu wenige wissen: Es gibt die direkte Demokratie in Sachsen.
Mit einem Bürgerentscheid können die Bürger selbst Aufgaben der Politik in die Hände nehmen.



Das ist Billie Bürger.

Billie ist sauer auf „die Politik“: Die hat beschlossen, das Freibad zu schließen! Das will Billie verhindern und dafür sorgen, dass die Bürger das selbst entscheiden. Darum plant Billie ein sogenanntes Bürgerbegehren. Na dann los!

Zu Beginn: Wer ist zuständig?

Als erstes muss Billie klären, wer der richtige Ansprechpartner für das Anliegen ist: Der Gemeinde- bzw. Stadtrat? Der Landkreis? Beträfe das Thema das ganze Bundesland, wäre das vergleichbare Verfahren der Volksentscheid – und der Ansprechpartner der Sächsische Landtag. Billie braucht außerdem Mitstreiter: Im Gesetz ist geregelt, dass mindestens drei Personen als Vertreter des Bürgerbegehrens benannt werden müssen.

Die Unterschriften-Hürde

Ist das Anliegen überhaupt „wichtig“ genug, dass ausreichend Unterschriften zusammenkommen? Ein Bürgerbegehren benötigt in der Regel die Unterschriften von 10% der wahlberechtigten Einwohner. Achtung: Für die Unterschriftenlisten gibt es feste Regeln. Werden die nicht eingehalten, kann das Begehren scheitern! Die Formulierung der Fragestellung und der Argumentation sind dabei ebenfalls sehr wichtig.

Prüfung des Begehrens

Sobald die Unterschriftenlisten übergeben sind, muss der Gemeinderat prüfen: Sind alle Regeln eingehalten? Gibt es genug Unterschriften? Ist die Gemeinde überhaupt zuständig? Dann entscheidet sich, ob das Bürgerbegehren zugelassen wird oder nicht.

Zulässig!

Jetzt wird es spannend: Ist ein Bürgerbegehren erfolgreich, kommt es nicht selten vor, dass der Gemeinderat neu beschließt – und die Bürgerbegehrer ihr Ziel erreichen. Oder es gibt einen Kompromiss – dann können sie entscheiden, ob sie den Entscheid noch wollen oder mit dem Ergebnis zufrieden sind.

Es wird abgestimmt!

Die dritte Variante: Es kommt wirklich zum Bürgerentscheid – spätestens drei Monate, nachdem das Begehren für zulässig erklärt wurde. Das läuft wie bei einer Wahl: An einem Sonntag sind alle wahlberechtigten Bürger aufgerufen abzustimmen. Die Organisation und Durchführung des Bürgerentscheids muss die Gemeinde übernehmen.

ERFOLGREICH

Diese Bürgerbegehren in Sachsen hatten Erfolg:

- ✓ **Jahnsdorf:** Für die Grundsanierung des Freibades (gegen Schließung) (2011)
- ✓ **Mockrehna:** Gegen Errichtung von Windkraftanlagen (2002)
- ✓ **Chemnitz:** Für ein neues Stadion für Chemnitz (2011)

Erfolgreich!

Der Bürgerentscheid ist dann erfolgreich, wenn die Mehrheit der Abstimmenden, mindestens aber 25% aller Wahlberechtigten, für das Anliegen stimmen. Krass: Die Bürger haben beschlossen! Jetzt ist der Beschluss für die Gemeinde bindend. Basta!

Hurra! Billie schwimmt im Glück. Also: im Freibad.

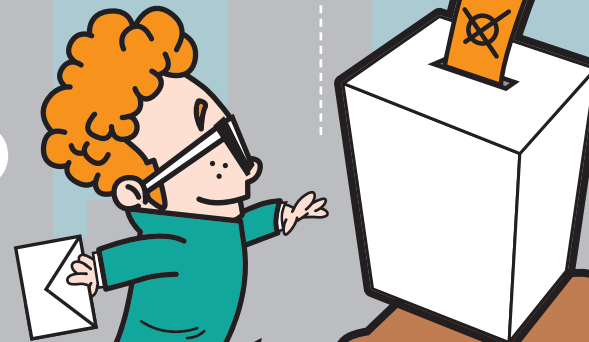


Was ist ein Bürgerbegehren?

Ein Bürgerbegehren ist erstmal nur der Antrag der Bürger, dass ein Bürgerentscheid durchgeführt werden muss, bei dem alle wahlberechtigten Einwohner abstimmen. Bekommt der Bürgerentscheid genug Zustimmung, müssen sich Politiker und Verwaltung an den Beschluss halten.



Billie erfährt: Der Gemeinderat prüft wirklich jede Unterschrift – und streicht die ungültigen von der Liste. Deswegen hat Billie gleich deutlich mehr Unterschriften gesammelt als die nötigen 10%.



Gescheitert

Oh nein, im Bürgerentscheid ist nicht die erforderliche Mehrheit zusammengekommen. So gesehen sind das Begehren und der Entscheid erstmal gescheitert. Pech für Billie.

Bürgerbeteiligung in Sachsen

Das Bürgerbegehren (mit anschließendem Bürgerentscheid) ist ein Instrument der direkten Demokratie. Es kommt im kommunalen Bereich (in Gemeinden, Städten oder Landkreisen) zum Einsatz. Weitere Möglichkeiten sind hier der Einwohnerantrag und die Einwohnerversammlung, für die ebenfalls Unterschriften gesammelt werden müssen.

Auf Landesebene gibt es im Freistaat Sachsen die Möglichkeit, einen Volksantrag (benötigt mindestens 40.000 Unterschriften von sächsischen Bürgern) zu stellen, der an den Landtagspräsidenten übermittelt wird. Er kann dazu führen, dass der Landtag ein Gesetz beschließt. Scheitert der Antrag, können die Antragsteller ein Volksbegehren einleiten mit dem Ziel, einen Volksentscheid herbeizuführen. Hierfür benötigen sie allerdings 450.000 Unterschriften.

Als festes Instrument der repräsentativen Demokratie gibt es das Petitionsrecht. Eine Petition enthält ein konkretes Anliegen, das an die zuständige Stelle gesendet wird, die dann reagieren muss. Dies erfolgt meist in Schriftform oder über die Online-Seiten der jeweiligen Parlamente.

Mehr Informationen in der Broschüre „Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung in Sachsen“: www.publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/26346. Zum Petitionsverfahren im Sächsischen Landtag: www.landtag.sachsen.de/de/mitgestalten/petition/petitionsverfahren-137.cshtml

Mehr Informationen in der Broschüre „Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung in Sachsen“: www.publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/26346. Zum Petitionsverfahren im Sächsischen Landtag: www.landtag.sachsen.de/de/mitgestalten/petition/petitionsverfahren-137.cshtml

ZU ALTERNATIVEN

Gescheitert :-/

Vielleicht macht es Sinn, das ganze Verfahren mit einer etwas anderen Forderung zu wiederholen? Andererseits: Anhand der ganzen Aktion und der öffentlichen Reaktionen und Diskussion weiß die Politik jetzt, dass viele Bürger den Beschluss zum Schwimmbad ablehnen – und wird das bei künftigen Entscheidungen hoffentlich berücksichtigen. Umsonst war die Sache also sicher nicht!

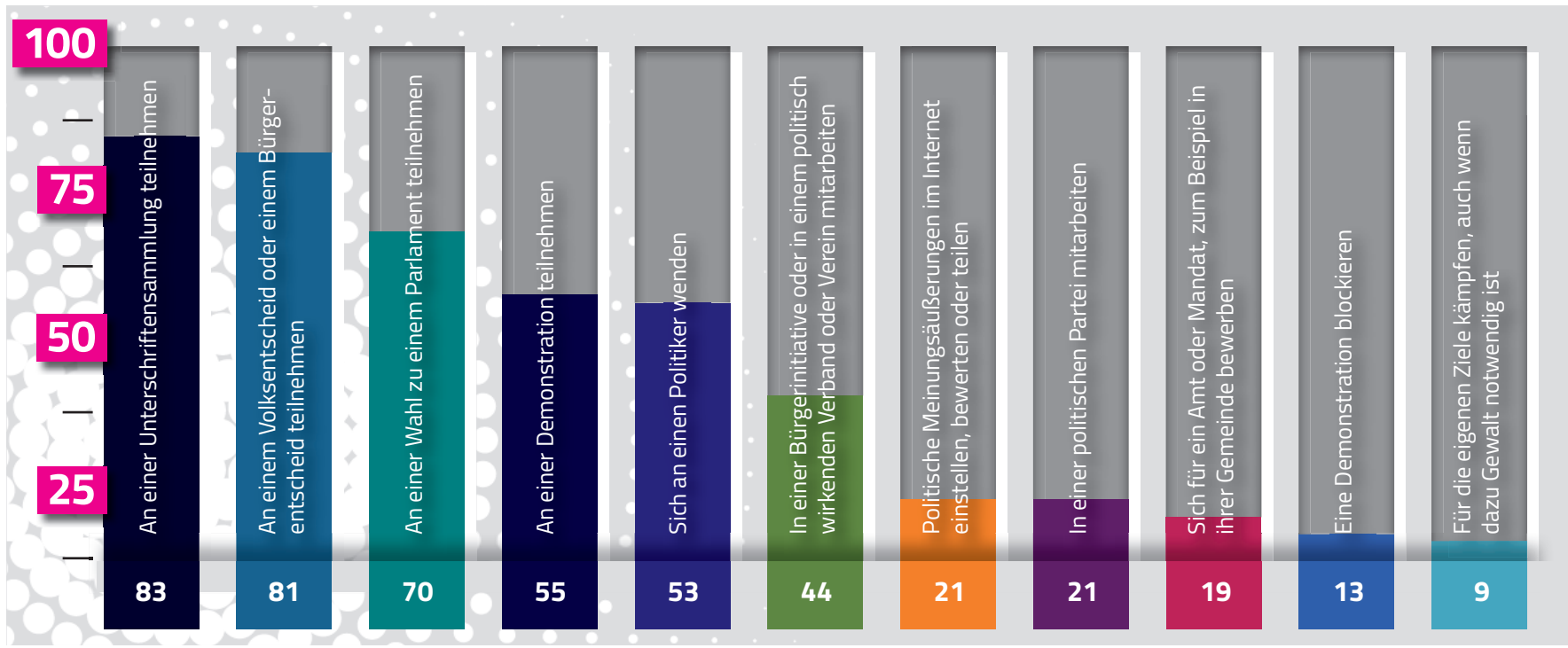
GESCHEITERT

Diese Bürgerbegehren in Sachsen waren nicht erfolgreich:

- ✗ **Königsvartha:** Gegen Errichtung eines großen Supermarkts (2014)
- ✗ **Gornau:** Für Disko-Erhalt („Jugendtanzgaststätte“) (2012)
- ✗ **Lützenau:** Gegen einen geplanten Zuchtbetrieb mit 40.000 Hühnern (2011)

Bringt das denn was?! Zahlen zur Bürgerbeteiligung

Dazu sagen die Sachsen im Jahr 2016:
„Habe ich schon einmal gemacht oder würde ich tun ...“



... Prozent der Deutschen waren 2014 Mitglied:



Bürgerbewegungen in anderen Ländern

Russland: Gefährdung der öffentlichen Ordnung

Bürgerbegehren und Oppositionsarbeit sind in Russland zwar möglich, doch die Meinungsfreiheit sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit unterliegen starken Einschränkungen. Durch Einschüchterungen sollen Nichtregierungsorganisationen, Protestbewegungen und Bürger von Aktionen gegen die Regierung abgehalten werden. Viele Versammlungen werden unter dem Deckmantel der „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ verboten. Bei Demonstrationen kam es wiederholt zu Massenfestnahmen. Oppositionelle werden inhaftiert und die vom Staat gelenkten Medien fahren Hetzkampagnen gegen Andersdenkende.

Türkei: Drohungen, Angriffe, Verfolgung

In der Türkei können Bürger weiterhin über wichtige Fragen mitentscheiden: Im April 2017 ließ Präsident Erdogan in einem Referendum über die Änderung der Verfassung abstimmen. Kritiker sagen, diese Volksabstimmung sei nicht wirklich frei gewesen: Im Vorfeld der Abstimmung hatten die Medien auf Druck der Regierung einseitig berichtet und Gegner der Verfassungsänderungen wurden als Terroristen und Staatsfeinde bezeichnet. Wer in der Türkei offen eine andere Meinung als die Regierung vertritt, muss in der Türkei derzeit mit Drohungen, Angriffen und strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Irland: Das Parlament fragt die Bürger

In Irland muss das Volk über alle Verfassungsänderungen abstimmen. Die Abstimmungen werden vom Parlament ausgelöst. Um die Bürger vor einem Referendum möglichst ausgewogen über dessen Auswirkungen zu informieren, wird jedes Mal eine neue regierungsunabhängige Kommission eingesetzt. Diese neutrale Instanz veröffentlicht Infos, um die öffentliche Debatte zu fördern und die Wahlbeteiligung zu steigern. In bestimmten Fragen wendet sich das irische Parlament außerdem an eine Bürgerversammlung, die aus 100 Bürgern besteht. Entscheidungen der Versammlung sind aber nicht bindend. (cg)

Lobbyisten wie du und ich



Sachsens Schüler der Oberstufe haben es künftig leichter: Ab dem Schuljahr 2017/2018 müssen sie weniger Noten als bisher in die Abitur-Endnote einbringen. In anderen Bundesländern ist dies schon lange der Fall. Sachsens Schüler sind nun nicht mehr im Nachteil. Der Landesschülerrat, die oberste Schülervertretung im Land, begrüßte zwar die Maßnahme des zuständigen Kultusministeriums. Er forderte jedoch, dass die Regelung auch für Schüler gilt, welche die Oberstufe bereits besuchen – und startete eine Online-Petition!



Timo Lange von LobbyControl

Ein Musterfall für Lobbyismus! Denn nichts anderes bedeutet dieses Wort: Eine Interessengruppe, auch Lobby genannt, schließt sich zusammen und setzt sich in der Politik für bestimmte Themen ein. Dabei kann es sich einerseits um eine langfristige Gruppe handeln, die sich dauerhaft Gedanken um bestimmte Themen macht und sich einmischt. Neben dem Landesschülerrat sind das zum Beispiel Umweltverbände, die sich für eine sauberere Atmosphäre einsetzen, oder Gewerkschaften, die Arbeitnehmerrechte stärken wollen.

Neben diesen dauerhaften Zusammenschlüssen gibt es außerdem Bürgerinitiativen: Sie gründen sich, um ein bestimmtes Thema durchzusetzen. So gab es beispielsweise die „Bürgerinitiative gegen Müllverbrennung in Chemnitz“ (siehe Seite 3). Die Gruppe protestierte mit einer Petition erfolgreich gegen den Bau einer Anlage in einem naheliegenden Wald – und löste sich danach auf.

Bürger können etwas schaffen

Bürger, die sich zusammenschließen, können also durchaus etwas erreichen. Lobbyismus kann aber auch zum Problem werden. „Einzelne Interessen sind im Lobbyismus oft überrepräsentiert“, sagt Timo Lange, Mitarbeiter bei der Organisation LobbyControl. Dies passiert dann oft zulasten der Steuerzahler oder der Umwelt. Grundsätzlich ist Lobbyismus für ihn nichts Falsches. „Die Vertretung von Interessen gegenüber der Politik ist in einer Demokratie sinnvoll und wichtig. Dafür bräuhete es aber faire Regeln – und die gibt es nicht“, so Lange.

Für den Lobbyismus-Experten sollte klar sein, welche Interessengruppen in welche Prozesse der Gesetzgebung involviert waren. „In Berlin gibt es richtige Lobby-Agenturen, die die Interessen ihrer Auftraggeber in der Politik vertreten. Und für diese Agenturen gibt es keine Regeln. Sie müssen weder offenlegen, wer sie beauftragt hat, noch wie viel Geld sie dafür bekommen haben“, so Lange.

Lobbyismus grundsätzlich nicht schlecht

Dies führt dann dazu, dass finanzstärkere Lobby-Gruppen in der Politik oft auch mehr zu sagen haben. „Aber nur, weil diese Gruppen mehr Geld haben oder einfach lauter sind, sind sie ja nicht automatisch wichtiger“, resümiert Lange. Von Regeln und mehr Transparenz erhofft sich LobbyControl, dass verschiedene Interessengruppen ausgewogener an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Als Fazit steht also, dass Lobbyismus grundsätzlich nichts Schlechtes ist. Bürger können so ihre Interessen

durchsetzen. Ein Problem entsteht, wenn bestimmte Gruppen bevorzugt und andere vernachlässigt werden.

Der Landesschülerrat jedenfalls war mit seiner Lobby-Arbeit erfolgreich. Noch am gleichen Abend unterzeichneten über 5.000 Menschen die Online-Petition. Am Tag darauf verkündete das Kultusministerium, dass die Neuordnung – wie vom Landesschülerrat gefordert – auch für alle aktuellen Abiturienten gelten würde. (ben)

faktencheck

Noch mehr Infos und Faktenwissen zu:

- Versammlungsfreiheit
- Lobbyismus
- Meinungsfreiheit
- Volksentscheid
- Korruption
- direkte Demokratie

Die Antworten darauf gibt's auf ...

www.wtf.slpb.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden, wtf.slpb.de
REDAKTION
Thomas Platz, Referent Öffentlichkeitsarbeit (V.i.S.d.P.)
Tel. 0351/853 18 21, E-Mail: thomas.platz@slpb.smk.sachsen.de;
STAWOWY: Annett Groh, Romina Stawowy, Peter Stawowy
MITARBEIT AN DIESER AUSGABE Benjamin Kutz (ben), Charlotte Gneupel (cg), Rosalie Stephan (rs)

FOTOS
Frank Grätz (Titel)
GESTALTUNG
STAWOWY: Basti Tóth, Ali Arab Purian
AUFLAGE
55.000 Exemplare
DRUCK
DDV Druck GmbH
VERTEILERHINWEIS
#wtf?! wird als Informationszeitschrift von der SLpB im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Einfluss um jeden Preis

Hauptsache: das eigene Anliegen durchsetzen. Dafür steht Lobbyismus häufig in der Kritik. Zündstoff liefern die Lobbyisten genug.

DAS DIESEL-GATE

2015 sorgte der CO₂-Ausstoß bei Dieselaautos von VW. Der Ausstoß lag jenseits des gesetzlichen Grenzwertes – nur in Prüfungssituationen drosselte eine Software den CO₂-Wert. Hinweise auf eine Manipulation gab es bereits Jahre zuvor. Diese wurden aber offenbar von den entscheidenden Stellen ignoriert – wohl auch, um der Autoindustrie nicht zu schaden. Dann flog die Sache in den USA auf. Jetzt müssen auch deutsche Behörden reagieren.

RENT-A-SOZI MACHT'S MÖGLICH

Eine Agentur der SPD bot Unternehmen und Lobby-Gruppen exklusive Gespräche mit hochrangigen SPD-Politikern an. Als Gegenleistung wurde ein vierstelliger Betrag gezahlt. Dass die Unternehmen für die Durchsetzung ihrer Interessen bezahlten und sich die SPD auf diese Weise finanzierte, ist besonders brisant. Die Gesprächsreihe fand nach Bekanntwerden im Jahr 2016 unter dem Beigeschmack der Korruption ein schnelles Ende.

SEITENWECHSLER

2013 wechselte Ronald Pofalla als neuer Cheflobbyist aus der Politik direkt in den Vorstand der Deutschen Bahn. Zuvor war er Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Aufgaben – und pflegte bereits dort Beziehungen zur Deutschen Bahn. Seinen Sitz im Bundestag legte Pofalla jedoch nur mit Widerstreben nieder. Entscheidend dabei war der öffentliche Druck in den Medien, nachdem seine Wechselabsichten bekannt wurden. (rs)

VERRÜCKTE BÜRGERINITIATIVEN

Wenn Bürgerinitiativen oder Petitionen scheitern, könnte es auch daran liegen, dass das Anliegen ziemlich schräg ist. Wir stellen außergewöhnliche und verrückte Beispiele vor. (ben)



Raus mit Markus Lanz aus meinem Rundfunkbeitrag

Als Fernsehmoderator hat man es nicht immer leicht. Gegen den Talker Markus Lanz gab es 2014 sogar eine Petition, dass er aus dem Fernsehen verschwinden müsse. Grund: Nach Auffassung der Initiatorin hatte er die LINKE-Politikerin Sahra Wagenknecht ungerecht behandelt. Und tatsächlich haben über 230.000 Menschen die Petition unterschrieben. Hart für Lanz persönlich – aber Folgen hatte es keine.

Udo Grimberg / Wikipedia.de, CC BY-SA 3.0



Viel hilft viel? Wohl eher nicht...

Ja, der neue Berliner Flughafen BER hat schon zu vielen Diskussionen geführt. Auch das Interesse der Bürger am Pannen-Bau ist wirklich groß. Die Seite www.BERtrug.de bündelt Bürgerinitiativen, die alle gegen den neuen Flughafen protestieren. Allein auf dieser Seite sind rund 35 verschiedene Initiativen aufgeführt. Ob nun gegen Lärmbelästigung oder für die Erhaltung eines Parks – da ist einiges dabei. Ob es einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Bürgerbewegungen und dem Fertigstellungsdatum gibt?

Olaf Tausch / Wikipedia.de, CC BY 3.0



Europahymne in Esperanto singen

Die Europahymne ist Beethovens „Ode an die Freude“. Zwar hat das Stück im Original einen Text („Freude schöner Götterfunken“ von Schiller), weil aber keine europäische Sprache bevorzugt werden sollte, wird das Lied immer nur instrumental gespielt. Das fand eine Gruppe von Europäern schade. Ihre Meinung: Beim gemeinsamen Singen würde das Europagefühl der Bürger gestärkt. Deswegen starteten sie die Europäische Hymne, die künftig in Esperanto zu singen. Das ist eine erfundene Sprache, die in keinem Land der Erde Amtssprache ist. Der Vorschlag wurde von der EU-Kommission abgelehnt – denn die Kommission hat keine Befugnis, einen solchen Vorschlag umzusetzen.

MpD01605 / Wikipedia.de, CC BY-SA 2.0



Bürger säubern den Himmel

Verschwörungstheorien gibt es viele. Besonders hartnäckig hält sich die Legende von den sogenannten Chemtrails. Die Anhänger gehen davon aus, dass die Streifen, die Flugzeuge am Himmel hinterlassen, für die Menschen giftige Chemikalien versprühen. Die Politiker würden damit das Wetter beeinflussen und angeblich die Bevölkerung vergiften. Dagegen kämpft die Bürgerinitiative sauberer-himmel.de. Problem: Die Gruppe ignoriert einfach alle wissenschaftlichen Fakten, die gegen ihre Theorie sprechen. Aber man kann es ja mal versuchen.

Prashanta / Wikipedia.de, CC BY-SA 3.0



Bürgerbewegung gegen Handystrahlung

Das Informationszentrum gegen Mobilfunk bündelte verschiedene Bürgerinitiativen, die vor den angeblichen gesundheitlichen Gefahren von Handystrahlung warnte. Die Seite www.izgmf.de gibt es nach wie vor. Das Spannende: Die Initiatoren haben ihre Meinung mittlerweile radikal geändert. Auf der Seite heißt es nun: „Wir wählten uns als Teil einer Bürgerbewegung, tatsächlich waren wir nur ‚nützliche Idioten‘ in einer Inszenierung gewesen.“ Nun warnt die Seite vor Anti-Handy-Kampagnen und Verschwörungstheorien.

Welz / Wikipedia.de, CC-BY-SA-3.0-migrated

#ichkannauchwasbewegen



Mehr von Tom gibt's auf Youtube



wtf.slpb.de